

der südwestchinesischen Provinz Yunnan.

Details der Gespräche zwischen den beiden Seiten wurden auch bei dieser Reise, die die chinesische Regierung als „Privatbesuch“ bezeichnete, nicht bekannt. Nach ihrer Rückkehr ins indische Exil am 8. Juni sprachen die beiden Emissäre zwar von einem „freien und spontanen Austausch“ und „vertrauensbildenden Diskussionen“, allerdings seien sich beide Seiten darüber einig, dass es in der Vergangenheit zahlreiche Differenzen gegeben habe, von denen viele noch nicht ausgeräumt seien.

Tatsächlich müssen vor einem möglichen Beginn konstruktiver chinesisch-tibetischer Verhandlungen noch einige Hürden überwunden werden. Dazu gehört eine Übereinkunft darüber, welches Gebiet mit der Bezeichnung „Tibet“ eigentlich gemeint ist. Während die chinesische Regierung darunter lediglich die Autonome Region Tibet versteht, zählt der Dalai Lama alle tibetischen Siedlungsgebiete und damit auch große Teile von Qinghai, Gansu, Sichuan und Yunnan dazu. Für dieses nahezu doppelt so große Gebiet fordert er zwar nicht die Unabhängigkeit, aber einen hohen Grad an Verwaltungsautonomie und wirkliche Religionsfreiheit. Für die chinesische Regierung ist diese Forderung nicht annehmbar. Zudem wirft sie dem Dalai Lama, der seit seiner Flucht 1959 im indischen Exil lebt, immer noch „separatistische Aktivitäten“ vor und pocht auf dessen Anerkennung von der Zugehörigkeit Tibets zur Volksrepublik. Darüber hinaus hat Beijing nun die Bedingungen zur Aufnahme eines konstruktiven Dialogs mit der Taiwan-Frage verknüpft: Die tibetische Exilregierung müsse öffentlich erklären, dass nicht nur Tibet, sondern auch Taiwan ein untrennbarer Teil Chinas seien.

Seit dem ersten Chinabesuch ihrer Sondergesandten im Herbst letzten Jahres hat die tibetische Exilregierung einige versöhnliche Signale an die chinesische Regierung gesendet. So hat der Dalai Lama im letzten Jahr den in den USA lebenden Tibetern geraten, während des Besuchs des damaligen Staatspräsidenten Jiang Zemin von Demonstrationen abzusehen. Um einen Affront mit der chinesischen Regierung zu vermeiden, lehnte der Dalai

Lama Ende Mai außerdem eine Einladung nach Taiwan ab. Dass es zu einem zweiten Besuch der exiltibetischen Delegation in der Volksrepublik gekommen ist, führen Beobachter jedoch vor allem auf Druck aus Washington zurück. Es sei kein Zufall, dass der Besuch der exiltibetischen Emissäre mit dem ersten Zusammentreffen des neuen chinesischen Staatspräsidenten Hu Jintao und dem amerikanischen Präsidenten Bush in Evidenz zusammenfiel. Auch wenn die neuerlichen Gespräche aufgrund der vielschichtigen Diskrepanzen zwischen der chinesischen und exiltibetischen Regierung grundsätzlich als Fortschritt gewertet werden sollten, liegt – wie schon nach dem ersten Austausch im letzten Jahr – die Vermutung nahe, dass Beijing vor allem an der öffentlichen Wirkung des Treffens interessiert war. Man kann annehmen, dass gerade nach dem großen Imageverlust des Landes durch die lange Vertuschung der Lungenkrankheit SARS, das Treffen zu einer positiveren internationalen Atmosphäre beitragen sollte.

Auch wenn sich der Dalai Lama und seine Sondergesandten optimistisch zum Verlauf der Gespräche äußerten, gibt es keinerlei konkrete Anzeichen dafür, dass die Aufnahme eines konstruktiven Dialogs näher gerückt ist. Die jüngste Umbesetzung der höchsten Staats- und Parteiämter in der Autonomen Region Tibet untermauert diese Einschätzung. Auch die neuen tibetischen Führungskader haben in ihrer Antrittsrede Mitte Mai beteuert, den „Kampf“ gegen den Dalai Lama mit unverminderter Härte fortzusetzen. (Xinhua, 17.1.03, nach BBC PF, 19.1.03; SCMP, 7.5.03; XNA, 17.5.03; WSJ, 27.5.03; FAZ, 3., 11.6.03; www.tibetinfo.net/news-updates/2005.htm und 1206.htm, 20.5., 12.6.03) -bk-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

15 Bemühungen um Jobs für Hochschulabsolventen

Die Beschäftigungsprobleme für Hochschulabsolventen (vgl. dazu C.a., 2003/1, Ü 16) waren Gegenstand einer Anfang Juni abgehaltenen nationalen Telekonferenz des stellvertretenden Ministerpräsidenten Huang Ju mit den Leitern der zuständigen Provinzbehörden. Dabei wies Huang Ju auf den Ernst der Lage hin und appellierte an das Verantwortungsgefühl der lokalen Bildungs- und Personalbehörden, sich um die Einstellung von Hochschulabsolventen zu bemühen und diesen passende Jobs anzubieten. In diesem Jahr beenden 2,12 Millionen Studenten ihr Hochschulstudium, das sind 46% mehr als letztes Jahr. Rund 670.000 mehr junge Menschen als 2002 drängen in diesem Jahr auf den Arbeitsmarkt. Erschwert wird die Jobsuche noch durch SARS. Obwohl die staatliche Arbeitsplatzzuweisung für Hochschulabsolventen in der ersten Hälfte der 1990er Jahre abgeschafft wurde, wirkt der Staat weiterhin ein, zum einen um den eigenen Bedarf zu decken, zum anderen um die Entwicklung dieses Arbeitsmarktsektors zu lenken. Richtungsweisend für die diesjährige Arbeitsvermittlung von Hochschulabsolventen ist eine Reihe von Beschlüssen, die die Regierung gefasst hat, um die Arbeitssuche zu erleichtern. Die Beschlüsse wurden den Vertretern der relevanten Provinzbehörden auf der Telekonferenz erläutert. Sie umfassen folgende Leitlinien:

- Die Hochschulabsolventen sollen ermuntert werden, an die Basis und in schwierige Gebiete zu gehen, im städtischen Bereich in die Stadtbezirke und auf dem Lande in die Gemeinden und Kleinstädte, um sich dort im Bildungs- und Gesundheitswesen, in landwirtschaftlicher Technologie und Armutsbekämpfung zu betätigen;

- die einstellenden Einheiten, vor allem Partei- und Regierungsorgane, Staatsbetriebe und Unternehmen aller Art, sollen verstärkt Hochschulabsolventen einstellen und ihnen günstige Bedingungen bieten;
- Hochschulabsolventen sollen unterstützt werden, wenn sie sich selbstständig machen und bei der Annahme einer Arbeitsstelle mobil sind;
- mit allen Mitteln sollen diejenigen Absolventen von Berufs- und Fachhochschulen unterstützt werden, für die relativ viele Schwierigkeiten in Bezug auf die Jobsuche bestehen;
- die ideologisch-politische Arbeit unter den Hochschulabsolventen soll verstärkt werden, damit diese in Bezug auf Berufs- und Arbeitsplatzwahl realistische Einstellungen haben, d.h. sie sollen ihre eigenen Vorstellungen mit dem Bedarf der Gesellschaft in Einklang bringen und sich in erster Linie nach der Gesellschaft richten. (Vgl. GMRB, 6.6.03, A 1 u. 2)

Ein Sonderprogramm wird vom ZK der Kommunistischen Jugendliga und dem Bildungsministerium propagiert. Im Rahmen dieses Programms sollen ab diesem Jahr jährlich ca. 6.000 Hochschulabsolventen auf freiwilliger Basis in die Westgebiete geschickt werden. Als Teil der Strategie des „Aufbaus West“ sollen die Freiwilligen helfen, in den unterentwickelten Gebieten im Westen des Landes Aufbauarbeit zu leisten, namentlich auf den Gebieten Bildung, Gesundheit, Agrarwissenschaft, Armutskämpfung und Jugendarbeit. Die Bewerber müssen sich bestimmten Auswahlverfahren unterziehen und erhalten eine spezielle Schulung zur Vorbereitung. Bei erfolgreicher Bewerbung sollen sie ein bis zwei Jahre im Westen bleiben. Danach können sie selbst entscheiden, ob sie ihre Arbeit dort weitermachen oder in die entwickelten Gebiete zurückkehren wollen. Mit weit über 40.000 Bewerbern findet das Programm unerwartet hohe Resonanz (XNA, 26.6.03).

Die Freiwilligen erhalten eine Reihe von Vergünstigungen:

1. Vom Finanzministerium Beihilfen zum Lebensunterhalt, einschließlich Unfall- und Krankenversicherung; jeder erhält pro Monat für die Zeit seines Dienstes 600 Yuan (in Tibet 800 Yuan) sowie pro Jahr mindestens 1.000 Yuan Transportkosten.
2. Die Freiwilligen können zwei Jahre lang bei ihrer Hochschule gemeldet bleiben, und die Meldestellen bewahren in dieser Zeit ihre Akten kostenlos auf. Sie können sich auch an dem Ort registrieren lassen, an dem sie vor Eintritt in die Hochschule gewohnt haben.
3. Während der Zeit ihres Dienstes können die Freiwilligen neben ihrem Dienst oder auch nur Verwaltungsaufgaben beim Jugendligakomitee, in einer Schule oder anderen Einheiten wahrnehmen.
4. Freiwillige, die sich nach Beendigung ihres Dienstes im Westen weiterqualifizieren wollen, werden bei Prüfungen, beispielsweise für ein Postgraduiertenstudium, bei gleichen Voraussetzungen bevorzugt aufgenommen.
5. Freiwillige, die sich nach Beendigung ihres Dienstes und entsprechender Prüfung um eine Position in Partei oder Regierung bewerben, werden bei gleichen Voraussetzungen bevorzugt eingestellt.
6. Nach Beendigung ihrer Dienstzeit werden die Freiwilligen geprüft und erhalten eine Bewertung, die in ihre Personalakte aufgenommen wird. Wenn sie die Prüfung bestanden haben, erhalten sie ein Zeugnis.
7. Die Diensteinheit stellt den Freiwilligen Unterkunft und sonstige notwendigen Lebensbedingungen zur Verfügung.
8. Freiwillige, die erfolgreich gedient haben, erhalten eine Auszeichnung, z.B. für ein Jahr Dienst eine Bronze-, für zwei Jahre eine Silbermedaille sowie weitere Auszeichnungen für besondere Leistungen. (GMRB, 12.6.03, A 2)

Die Westgebiete benötigen dringend Fachpersonal, insbesondere Akademiker. Der angemeldete Bedarf aus elf westchinesischen Provinzen und autonomen Gebieten sowie aus der regierungsunmittelbaren Stadt Chongqing umfasst 32.000 Freiwillige, für die hauptsächlich Arbeitsplätze als Dorf-

lehrer, Agrartechniker und im Gesundheitswesen zur Verfügung stehen. Dieses Programm, so die Erwartung, wird Hochschulabsolventen neue Beschäftigungsmöglichkeiten bieten. Die Erfahrungen, die die jungen Leute im Westen an der Basis sammeln, ebenso wie ihre unter Beweis gestellte soziale Verantwortung werden ihnen für ihre berufliche Laufbahn durchaus von Nutzen sein.

Das Freiwilligenprogramm der Jugendliga besteht bereits seit 1993. Neu in diesem Jahr ist, dass es speziell Hochschulabsolventen dienen soll. An den Hochschulen, so heißt es, wird das Programm sehr gut angenommen (GMRB, 13.6.03, A 1).

Die von der Regierung ausgegebenen Leitlinien sowie das Freiwilligenprogramm machen deutlich, dass an der Basis und im Westen ein großer Mangel an Hochschulabsolventen herrscht. Das Problem ist Jahrzehnte alt. Schon Mao Zedong sah die Notwendigkeit, gebildete Jugendliche in die unterentwickelten Gebiete zu schicken. Im Unterschied zur maoistischen Zeit, als die Jugendlichen dorthin zwangsverschickt wurden, gilt heute das Prinzip der Freiwilligkeit. Ein weiterer Unterschied ist, dass die Jugendlichen heute ungleich besser qualifiziert sind und deshalb effektiver eingesetzt werden können. Zudem erhalten sie Vergütungen und allerlei Vergünstigungen, die den Dienst attraktiv erscheinen lassen, zumal der erfolgreiche Abschluss der Dienstzeit an der Basis oder in den westlichen Härtegebieten für die berufliche Karriere von Nutzen sein kann. -st-

16 Neuer Hochschultyp: Zweijährige Akademien

In den letzten Jahren hat sich in China ein neuer Hochschultyp herausgebildet, die sog. „selbstständigen Akademien“ (*duli xueyuan*). Dabei handelt es sich um zweijährige Hochschulen, die von regulären Universitäten gegründet und gemeinsam von der betr. Universität und einem nicht-staatlichen Partner betrieben werden. Kooperationspartner können Unternehmen, Institutionen, gesellschaftliche Gruppen und Einzelpersonen sein.

Diese Akademien bieten ein zweijähriges Hochschulstudium für „undergraduates“ an, d.h. für Studenten, die noch nicht das erste Examen abgelegt haben. In Bezug auf den Betrieb und die Verwaltung sind sie völlig unabhängig von der Mutteruniversität. Sie vergeben selbstständig Diplome, sind eigene Rechtspersonlichkeiten und selbst geschäftsfähig. Sie haben einen eigenen Campus und eigene Ausstattung. Sie werden aus öffentlichen und privaten Mitteln finanziert und stellen eine neue Hochschulform dar, die es versuchsweise schon seit einigen Jahren gibt, für die aber erst kürzlich allgemeine Normen aufgestellt wurden. Im Mai 2003 erließ das Bildungsministerium „Einige Ansichten zur Normierung und Stärkung der Verwaltung von selbstständigen Akademien, die von regulären Universitäten nach neuem Mechanismus und Muster versuchsweise betrieben werden“. Darin wird verfügt, dass selbstständige Akademien, die nicht mit diesen Bestimmungen in Einklang stehen, ihren Betrieb einstellen müssen oder keine Studenten mehr aufnehmen dürfen. Offensichtlich hat es mit diesem neuen Schultyp eine Reihe von Problemen gegeben. So sollen z.B. Fachmittelschulen und Berufshochschulen reguläre Hochschulstudien angeboten haben, indem sie derartige Akademien unter falschen Vorzeichen gründeten. Nicht vorschriftsmäßig gegründete Akademien, die die erforderlichen Voraussetzungen nicht erfüllen, stellen eine Gefahr für die Qualität dieses Hochschultyps dar.

Das Wesen der selbstständigen Akademien ist, dass sie gemeinsam von einer staatlichen Universität und einem nichtstaatlichen Kooperationspartner betrieben werden. Um die Gründung einer solchen Akademie muss sich in jedem Fall eine reguläre Universität bewerben. Die Bewerberin trägt die Verantwortung für die Lehre und die Verwaltung und hat die Qualität der Akademie sicherzustellen. Bislang muss das Bildungsministerium die Gründung genehmigen und die Aufsicht ausüben. Aber schrittweise sollen diese Kompetenzen an die Provinzbehörden delegiert werden.

Mit dem neuen Schultyp wird der Zweck verfolgt, den Hochschulbereich schneller auszuweiten und breiteren Kreisen ein Hochschulstudium zu er-

möglichen. In ihrer Fächerstruktur sollen sich die selbstständigen Akademien am Bedarf der Gesellschaft und Wirtschaft ihrer jeweiligen Region orientieren. Die neuartigen Akademien sind fachlich ausgerichtet und werden insbesondere von den großen Universitäten geführt. Die Universität Beijing beispielsweise hat in den letzten fünf Jahren acht solcher Akademien gegründet (GMRB, 4.5.03, A 1): eine Fremdsprachenakademie, eine Physikakademie, eine Akademie für Journalismus, eine Informatikakademie, eine Akademie für Erd- und Raumwissenschaft, eine Akademie für Ökologie, eine Akademie für Chinesisch für Ausländer und eine Akademie für Verwaltungswissenschaft. (Vgl. GMRB, 15.5.03, A 3 u. 19.6.03, A 2) -st-

17 Hochschulaufnahmeprüfungen

Erstmalig wurden die Hochschulaufnahmeprüfungen in diesem Jahr vom 7. bis 9. Juni abgehalten und damit um einen Monat vorgezogen. Der Grund ist, dass es im Juli zu heiß ist und es einen Monat früher für die Prüfungskandidaten bequemer ist. Die Prüfungen fanden in diesem Jahr wegen der Lungenseuche SARS unter außergewöhnlichen Umständen statt. Diese stellten besondere Anforderungen an die Organisatoren und alle Beteiligten. So musste größte Sorgfalt in Bezug auf Gesundheitsdienst, Sicherheit, Umgebung, Verkehr, Geheimhaltung, Kommunikation usw. walten. In diesem Jahr beteiligten sich 6,13 Mio. Kandidaten an den Prüfungen, das waren 850.000 mehr als im vergangenen Jahr. Aufgrund der gestiegenen Teilnehmerzahl, aber auch aufgrund von SARS musste die Zahl der Prüfungsstellen und -räume erhöht werden. Im ganzen Land wurden 7.234 Prüfungsstellen und 230.000 Prüfungsräume eingerichtet.

In der Regel werden die Studienplätze zentral vergeben, aber eine Reihe von Universitäten haben das Privileg, sich ihre Studenten zum Teil selbst auswählen zu können. Die Studenten können Wünsche äußern, an welcher Hochschule sie studieren möchten. Über das Internet können sie sich über die Hochschule ihrer Wahl informieren und beraten lassen und

sich provisorisch bewerben. Die formale Bewerbung erfolgt, sobald die Prüfungsergebnisse vorliegen. (Vgl. GMRB, 6.6.03, A 2, 10.6.03, A 1; XNA, 10.6.03) -st-

18 Harvard-Klasse an privater Mittelschule

Eine private Mittelschule in der Stadt Anji in Zhejiang richtet ab dem kommenden Schuljahr auf der Oberstufe spezielle „Harvard-Klassen“ ein. Diese für 100 Schüler/innen vorgesehenen Klassen werden vom American Educational Center unterstützt. Die Klassen werden von chinesischen und amerikanischen Lehrern unterrichtet. Neben den herkömmlichen Fächern werden auch neue Kurse gegeben, die an amerikanischen Schulen gelehrt werden. Beim Schulabschluss erhalten die Schüler/innen ein chinesisches und ein amerikanisches Zeugnis. Die Absolventen können an den nationalen Hochschulaufnahmeprüfungen teilnehmen und sich darüber hinaus auch bei der Harvard-Universität bewerben. (XNA, 10.6.03) An dieser Mittelschule wird gezielte Elitenbildung betrieben, wie sie in China außer an Schwerpunktschulen auch an zahlreichen Privatschulen möglich ist. -st-

19 Enzephalitis-Epidemie in Guangdong

Kaum ist die Lungenseuche SARS eingedämmt, wird die Provinz Guangdong erneut von einer sich epidemisch ausbreitenden Krankheit heimgesucht. Mitte Juni wurden von dort 211 Fälle der hoch ansteckenden, durch Mücken übertragenen Enzephalitis B gemeldet, davon 18 Todesfälle. Die Krankheit ist in elf Städten und Bezirken aufgetreten, darunter in Maoming, Zhanjiang, Meizhou und Guangzhou. Betroffen sind hauptsächlich Kinder. Die Todesrate kann bis zu 30 Prozent betragen. Eine Behandlungsmethode gibt es praktisch nicht; man kann Kinder jedoch vorbeugend impfen lassen.

Gerade hier aber liegt das Problem, denn ein Großteil der Kinder sind nicht gegen Enzephalitis geimpft, weil insbesondere die ländliche Bevölkerung zu arm ist, um die Impfungen

zu bezahlen. Vielfach ist sie auch unwissend. So werden denn neben mangelhaften hygienischen Bedingungen vor allem die unzureichenden Impfungen für den Ausbruch der Krankheit verantwortlich gemacht. Zwar gibt es in jedem Sommer Enzephalitis-Fälle, aber in den vergangenen Jahren hat sich deren Zahl meist um 100 bewegt.

Die Provinz Guangdong, in der SARS zuerst identifiziert wurde, scheint aus den Erfahrungen mit dieser Krankheit gelernt zu haben. So hat die Provinz dieses Mal die Enzephalitis-Fälle sofort der WHO gemeldet. Außerdem hat sie sogleich einen Maßnahmenkatalog aufgestellt, um die Krankheit unter Kontrolle zu bringen. Dazu zählen die Einrichtung von Arbeitsgruppen zur Kontrolle der Behandlung, Impfprogramme, eine Hygienekampagne zur Ausrottung von Mücken sowie der Aufbau eines effektiven Meldesystems und eines Notfallsystems im öffentlichen Gesundheitswesen. Die Gesundheitsämter haben eine kostenlose Impfkampagne eingeleitet und innerhalb weniger Tage fast 30.000 Kinder im Alter von 1 bis 10, die nicht gegen Enzephalitis geimpft waren, geimpft.

Unterdessen wächst in Hongkong die Sorge, dass die Krankheit auf Hongkong übergreifen könnte. Seit dem Ausbruch von SARS sehen sich sowohl Guangdong als auch Hongkong genötigt, in direkten Kontakt zu treten und die Information über die Krankheit zu intensivieren, um diese besser eindämmen zu können. Dieses Mal scheint es in dieser Hinsicht weniger Probleme zu geben als bei SARS. (Vgl. SCMP, 16., 17., 20.6.03; XNA, 22.6.03; *Ta Kung Pao*, Hongkong, 25.6.03, nach BBC PF, 25.6.03.) -st-

20 Kein Nachschub für Eliten-Samenbank

Vor vier Jahren wurde in Chengdu vom dortigen Zentrum für technische Anleitung in der Geburtenplanung eine Samenbank für Elitenachwuchs gegründet, die erste ihrer Art in China. Sie akzeptiert nur Spender mit einem akademischen Grad. Die Hürden für potenzielle Spender sind allerdings relativ hoch. Diese müssen einen aufwändigen Gesundheitscheck durchlaufen, bei dem 20 Faktoren un-

tersucht werden und der bis zu einem halben Jahr dauern kann. Die Spender müssen unter 60 Jahre alt sein und dürfen keinerlei Erbkrankheiten in der Familie aufweisen. Qualifizierte Spender werden in drei Kategorien eingeteilt: solche mit einem akademischen Grad, der mindestens dem eines außerordentlichen Professors entspricht; Sport- oder Unterhaltungsstars und hochrangige Manager oder Banker. Das Konzept ist umstritten, zum einen weil man in der chinesischen Gesellschaft künstlicher Befruchtung im Allgemeinen reserviert gegenübersteht, zum anderen weil hier besonders Eliten produziert werden sollen. So ist die Samenbank denn auch bislang wenig erfolgreich. Insgesamt hat es bisher nur knapp 20 Spender gegeben, und nur vier Ehepaare wurde zu einem Baby verholfen. Das älteste Kind, das mithilfe des Samens aus der Samenbank für Eliten gezeugt wurde, ist zwei Jahre alt. Das Zentrum verfolgt die Entwicklung des Kindes und plant einen wissenschaftlichen Bericht darüber.

Methoden der Reproduktionstechnologie werden in China seit 1982 angewendet. Der Bedarf ist seitdem stetig gewachsen, denn nach Angaben des Gesundheitsministeriums sind in China rund zehn Prozent aller Ehepaare im Zeugungsalter unfruchtbar. Man schätzt, dass etwa eine Million Ehepaare künstliche Befruchtung versuchen wollen. Das Gesundheitsministerium hat 2001 die Kontrolle über medizinische Einrichtungen, die künstliche Befruchtung durchführen, verschärft. Um möglichem Inzest vorzubeugen, dürfen Spender z.B. höchstens fünfmal Samen spenden, und die Frauen, die künstlich befruchtet werden, müssen in verschiedenen Regionen leben. Ob auf die Intelligenz eines durch künstliche Befruchtung gezeugten Kindes Einfluss genommen werden kann, wird auch von chinesischen Fachleuten bezweifelt. Einer der führenden Genetiker Chinas, Prof. Zhang Sizhong, glaubt nicht, dass der Samen hoch intelligenter Männer besser ist als der anderer Männer. Das besagte Zentrum jedoch ist überzeugt, zum Wohle von Chinas Ein-Kind-Politik zu arbeiten. (Vgl. XNA, 12.6.03) -st-

Außenwirtschaft

21 Indien bietet engere Wirtschaftskooperation an

Während seines Chinabesuches sprach sich der indische Premierminister Atal Bihari Vajpayee für eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern aus. Dass rd. 90 Spitzenmanager indischer Unternehmen den Ministerpräsidenten nach China begleiteten, unterstrich den Wirtschaftsschwerpunkt der Reise.

Beim Zusammentreffen mit dem chinesischen Ministerpräsidenten Wen Jiabao, Präsidenten Hu Jintao und seinem Vorgänger Jiang Zemin in Beijing standen neben politischen vor allem wirtschaftliche Aspekte einer stärkeren Annäherung im Vordergrund der bilateralen Gespräche. Während der Eröffnungsfeier eines Center of Indian Studies an der Beijing-Universität wies der indische Ministerpräsident auf die komplementären Stärken Indiens und Chinas in den Bereichen Computer Soft- und Hardware hin. Vajpayee kündigte an, dem Center of Indian Studies jährlich rd. 1 Mio. Rupien (21.500 US\$) als Unterstützung sowie Stipendien für Studenten des Zentrums in Indien zur Verfügung zu stellen.

In Beijing unterzeichnete Vajpayee eine Reihe von Abkommen, die zur Intensivierung der bilateralen Beziehungen beitragen werden. Hierzu zählt eine Vereinbarung über den Austausch von Ausbildungspersonal und hochrangigen Beamten aus dem Rechtswesen, über eine Vereinfachung von Visaformalitäten sowie über Gesundheitsstandards für den Export indischer Mango-Früchte nach China. Weitere Kooperationen betreffen die Bereiche erneuerbare Energieressourcen, Meereswissenschaften und Kulturaustausch bis zum Jahre 2005.

Während seines Besuches in Shanghai hob der indische Ministerpräsident auf dem Forum „India and China: Opportunities and Challenges for IT Industry“ die zentrale Rolle der Kooperation im IT-Sektor für die bilateralen Beziehungen hervor. Auf dem „Sino-